Weniger Papierkrieg, mehr Kindergeld, neue Vorschriften

Steuern 2017 – was für Ärzte wichtig ist

Weniger Bürokratie bei der Steuererklärung und endlich das Ende der kalten Progression? Während im Steuerrecht einige Erleichterungen warten, müssen Ärzte dieses Jahr als Praxischefs vor allem in Sachen Arbeitsschutz nachlegen.

Geht es nach der Bundesregierung, dann wird auf Papier-Kommunikation zwischen Bürgern, Unternehmen und Fiskus künftig weitgehend verzichtet – und zwar in beide Richtungen. Wer seine Steuererklärung elektronisch abgibt, muss seit Januar Papierbelege wie Spendenquittungen nicht mehr einreichen. Es genügt, diese aufzubewahren – und zwar bis zu ein Jahr nach Bekanntgabe der Steuerfestsetzung.

Von den steuerlichen Entlastungen sollen 2017 laut Bundesfinanzministerium vor allem Familien profitieren. Unter anderem wird der Kinderfreibetrag um 108 auf 4.716 € angehoben. Das monatliche Kindergeld steigt um 2 € und beträgt somit für das erste und zweite Kind 192, für das dritte 198, für das vierte und jedes weitere Kind 223 €. Der jährliche steuerliche Grundfreibetrag wurde um 168 auf 8.820 € erhöht. Entsprechend wurde auch der Unterhaltshöchstbetrag auf 8.820 € angehoben.

In kleinen Schritten weg von der kalten Progression

Um beim Vorhaben, die kalte Progression abzuschaffen, einen Schritt voranzukommen, wurden die Tarifeckwerte in der Steuertabelle um die geschätzte Inflationsrate des Jahres 2016 – genauer um 0,73 % – nach rechts verschoben. Damit wird das Problem, dass der eine oder andere Steuerzahler trotz Mehreinkommen nach dem Steuerabzug weniger als ohne das Einkommensplus übrig hat, allerdings noch nicht ausgeräumt. So richtig greift der Spitzensteuersatz von 42 % in diesem Jahr erst ab einem Jahreseinkommen von 53.800 € (Grundtabelle).

Quittungen und andere Belege müssen ab 2017 für die Steuererklärung zwar noch gesammelt, aber nicht mehr zwangsläufig eingereicht werden.

Durch die neue Arbeitsstättenverordnung müssen bei der Gefährdungsbeurteilung eines Arbeitsplatzes auch psychische Belastungen berücksichtigt werden. Dies sah zwar auch schon das Arbeitsschutzgesetz vor. Die neue Verordnung konkretisiert die Vorschrift jedoch. Nun sind auch Belastungen und Beeinträchtigungen der Beschäftigten durch störende Geräusche oder Lärm, ungeeignete Beleuchtung oder ergonomische Mängel am Arbeitsplatz zu erfassen.

Außerdem muss es bei dauerhaft eingerichteten Arbeitsplätzen sowie in Sozial- und Bereitschaftsräumen eine Sichtverbindung nach außen und ausreichend Tageslicht geben. Eine Ausnahme gilt für Räume, bei denen betriebs-, produktions- oder bautechnische Gründe Tageslicht oder einer Sichtverbindung

nach außen entgegenstehen, beispielsweise in Operationssälen. Die Ausnahme gilt zudem für Toiletten und Teeküchen.

Seit dem 1. Januar 2017 beträgt der allgemeine gesetzliche Mindestlohn 8,84 € brutto je Stunde (2016: 8,50 €). Die Steigerung von 34 Cent orientiert sich an der allgemeinen Lohnentwicklung. Das Lohnminimum gilt für volljährige Arbeitnehmer. Ausgenommen sind Langzeitarbeitslose nach einer Arbeitsaufnahme in den ersten sechs Monaten, Auszubildende und Personen mit Pflichtpraktikum oder einem Praktikum von weniger als drei Monaten Dauer.

Weiterbildung wird auch in kleinen Unternehmen gefördert

Die Bundesregierung will den Anreiz für die berufliche Weiterbildung in Kleinunternehmen, zu denen auch viele Arztpraxen zählen, erhöhen. Erhält in Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten ein Arbeitnehmer eine Weiterbildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit, entfällt die bisherige Kofinanzierungspflicht der Weiterbildungskosten durch den Arbeitgeber.

Verkaufsprospekte und Informationsblätter zu Vermögensanlagen müssen seit dem 3. Januar 2017 zusätzliche Informationen über die Zielgruppe, den Zweck der Anlage und zu möglichen Verlusten enthalten. Die Finanzinstitute sind dabei verpflichtet, umfassend zu bewerten, welche Verluste für Kunden tragbar sind und sie müssen dies regelmäßig überprüfen.

Ähnliches gilt für Altersvorsorge und Basisrentenverträge: Hier müssen die Anbieter laut Bundesfinanzministerium (BMF) seit 1. Januar 2017 Neukunden vor Vertragsabschluss ein individuelles Produktinformationsblatt aushändigen, das über die Höhe der Kosten sowie die mit dem Produkt verbundenen Chancen und Risiken informiert.

Rebekka Höhl